



**FDP-Fraktion  
im Rat der Stadt Essen**

**Haushaltsrede am 27.11.2024  
zum Doppelhaushalt 2025/26**

**SPERRFRIST BIS NACH DEM ENDE DER  
GEHALTENEN REDE**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Fachbereichsvorstände,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,**

heute sind wir hier, um über den Doppelhaushalt der Stadt Essen für die Jahre 2025 und 2026 zu beraten.

Dieser Haushalt, in einer Zeit, in der die finanzielle Lage unserer Stadt bedingt durch gestiegene Ausgaben und verminderte Einnahmen alles andere als zufriedenstellend ist, ist nicht nur ein Zahlenwerk, sondern ein Fahrplan mit dem Ziel, eine solide und sichere Zukunft für unsere Stadt zu verwirklichen. Diese Situation fordert von uns allen ein Höchstmaß an Verantwortung und Weitsicht.

Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben ein Anrecht darauf, dass wir ihre Bedarfe ernst nehmen und verantwortungsvoll mit ihren Steuergeldern umgehen. Wir müssen sicherstellen, dass alle notwendigen Investitionen beispielhaft in die Verkehrsinfrastruktur, Sportstätten sowie Schul- und Kitabau nicht nur geplant, sondern auch realisiert werden.

Die FDP-Fraktion ist fest davon überzeugt, dass man durch den Einsatz eines intelligenten Finanzmanagements, innovativer Methoden und vor allem durch die Neubewertung geplanter Ausgaben die Weichen für den Erhalt einer zukunftsfähigen Stadt stellen kann. Lassen Sie uns gemeinsam an Lösungen arbeiten, die sowohl den aktuellen Herausforderungen gerecht werden als auch die Grundlagen für ein prosperierendes Essen legen.

## **Gewerbesteuer**

Ein besonderer Dank geht zu Beginn an unseren Stadtkämmerer Gerhard Grabenkamp, der unsere Kernforderung, die Gewerbesteuer herabzusetzen, nun endlich umsetzen möchte.

Sein Vorschlag geht uns aber nicht weit genug. Zum einen, weil die Gewerbesteuer im kommenden Jahr zunächst bei 480 Prozent stehen bleibt und erst anschließend in den kommenden fünf Jahren um jeweils nur einen Prozentpunkt pro Jahr bis auf 475 Prozent gesenkt werden soll. Das ist für uns eine

Mogelpackung und wird die Wirtschaft keineswegs entlasten, zumal wir auch davon ausgehen, dass sie durch das Splitting der Grundsteuer zusätzlich extrem belastet werden wird.

Was wir stattdessen brauchen, ist eine klare, unmissverständliche Senkung – und zwar direkt um fünf Prozentpunkte ab dem kommenden Jahr. Das ist der Kurs, den wir für wichtig halten, ein starkes Signal an die Wirtschaft und ein echter Schritt in die richtige Richtung, der sowohl Unternehmen entlasten, die Wettbewerbsfähigkeit von Essen stärken und langfristig zu höheren Einnahmen führen würde.

### **Grundsteuer-Hebesatzsplitting**

Wir geben zu, dass der Stadtkämmerer bei der Bewältigung der Herausforderung im Bereich der anstehenden Hebesatzerhebung vor großen Problemen steht. Hier hat das Land Rahmenbedingungen geschaffen, die seine Aufgabe nicht einfacher machen. Dennoch muss ich heute unsere Bedenken gegen das von der Stadtkämmerei favorisierte Hebesatzsplitting der Grundsteuer nach dem „Scholz-Modell“ zum Ausdruck bringen.

Das eigentliche Problem der Grundsteuerreform hat unserer Meinung nach das Land verursacht, denn durch Inaktivität findet automatisch das bürokratische und ungerechte Scholz-Modell Anwendung. Alle westlichen Flächenländer mit einem CDU/CSU-Finanzminister haben gerechtere Berechnungsmodelle beschlossen, nur Nordrhein-Westfalen nicht. Das Scholz-Modell ist in hohem Maße kritikwürdig.

Rund 50.000 Essener Steuerpflichtige haben bereits Einspruch gegen die Steuermessbescheide der Finanzämter eingelegt. Durch die schwarz-grüne Scheinlösung eines Hebesatzsplittings lassen sich die Ungerechtigkeiten der Belastungsverschiebungen nicht beheben.

Zu einer deutlichen Verschlechterung führt das Hebesatzsplitting bei Sportvereinen, dem Brauchtum und Vereinsliegenschaften als „sonstige bebaute Grundstücke“. Auch viele Betriebe werden stärker belastet. Ein vierstelliger Hebesatz zum Nachteil von Unternehmen und Kaufleuten im Gegensatz zu Nachbarkommunen ohne Hebesatzsplitting ist ein Standortnachteil für die Stadt Essen und kann sich existenzbedrohend auswirken.

Unser Fazit ist, dass ein Splitting des Grundsteuer-Hebesatzes für unsere Stadt Essen nicht nur einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand bedeutet, sondern vielmehr auch große finanzielle Risiken birgt.

## **Bettensteuer**

Mit Genugtuung nehmen wir die äußerst positive Entwicklung des Tourismus in unserer Stadt wahr. Diese Entwicklung sollte nicht gestört werden, deshalb sehen wir die Einführung der sogenannten Bettensteuer zum 1. Juli 2025 sehr kritisch und lehnen diese grundsätzlich ab.

## **Verkehr – Mobilität ist der Schlüssel zu einer lebenswerten Stadt**

Auf diesem Weg schlagen wir vor, anstelle des im Juni 2020 zur Erreichung der Klimaneutralität beschlossenen Modal Split ein ausgewogenes und diskriminierungsfreies Verkehrskonzept zu entwickeln, das alle Verkehrsteilnehmer überzeugt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sehr viele Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt auf das private Fahrzeug angewiesen sind. Es garantiert Familien, Senioren sowie Pendlern zu jeder Zeit Mobilität und kann durch kein anderes Fortbewegungsmittel sinnvoll ersetzt werden.

Natürlich muss allen anderen ein nachfragegerechtes, attraktives ÖPNV-Netz angeboten werden.

Die Zeiten sollten vorbei sein, in denen der kommunale Zuschuss – knapp über 100 Millionen – Tendenz steigend – bereitgestellt werden musste. Unter Beachtung der Erfordernisse von Sicherheit, Pünktlichkeit und Sauberkeit ist hier die Ruhrbahn aufgefordert, ihre Kosten- und Personalstrukturen so anzupassen, dass ein effizienterer Fahrbetrieb möglich wird.

Lassen Sie uns gemeinsam an einem Verkehrskonzept arbeiten, das unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit auch die individuelle Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger in Essen abbildet. Nennen wir als Beispiel den RadEntscheid vom 26.08.2020, dessen Bindungsfrist bereits Ende 2022 endete. Hier sehen wir die Pflicht, diesen grundsätzlich neu zu bewerten, da die zugrunde

gelegten Verkehrsprognosen nicht realistisch waren und sind. Der Blick auf unsere Straßen- und Wegeinfrastruktur lehrt uns ein Besseres. Den Bau weiterer Radverkehrsanlagen, dort wo sie offensichtlich nicht wirklich nachgefragt werden, wie der Ausbau der Grugastrasse, der von der Bevölkerung überwiegend negativ gesehen wird, lehnen wir ab.

Ich will hier ausdrücklich das chaotische Verkehrskonzept zur Neugestaltung der Rüttenscheider Straße nennen. Das hinreichend bekannte aktuelle VG-Urteil sollte zum Anlass genommen werden, diese unsinnige Verkehrsführung, die wir nie mitgetragen haben, wieder zurückzunehmen.

Die Erhaltung und Sanierung unserer Verkehrsinfrastruktur muss in unserem Haushalt wieder eine größere Priorität bekommen, denn nicht nur der motorisierte Individualverkehr – auch der ÖPNV, die Rettungsdienste sowie der zur Versorgung der Bevölkerung erforderliche Lieferverkehr – nutzen unsere Straßen. Wir Bürger sind darauf angewiesen, dass die Systeme Straße und Brücke funktionieren.

Schmunzelnd hat die FDP-Fraktion die aktuellen Überlegungen von Oberbürgermeister Thomas Kufen zur Tunnellage der Gladbecker Straße zur Kenntnis genommen. Während wir die Kreativität, die hinter dieser Idee steckt, nicht negieren wollen, stellen wir doch fest: Diese Lösung ist eher ein Wunschtraum, denn eine praktikable Maßnahme zur Vermeidung der massiven Verkehrsprobleme, die den Essener Norden bereits seit Jahren plagen.

Es gibt jedoch eine realistische Lösung für eine Reihe verkehrlicher Probleme in unserer Stadt – eine Lösung, die leider nicht umgesetzt wurde, weil sie immer wieder von CDU, Grünen und SPD verhindert wurde, das ist der Weiterbau der A52. Mit diesem von uns seit Jahren geforderten Autobahnausbau, der für uns Liberale die einzig erfolgversprechende Alternative darstellt, um die Straßeninfrastruktur auch im Essener Norden nachhaltig zu entlasten und den Verkehrsfluss durch die Stadt spürbar zu verbessern, wären die schwerwiegenden Verkehrsprobleme längst Geschichte.

Ergänzend dazu können wir uns die Ruhrallee in Tunnellage mit direktem Anschluss an die A52 sehr gut vorstellen.

## Bauen und Planen

Trotz der bis hierhin schon angesprochenen problematischen Finanzlage verweigert sich die FDP-Fraktion nicht, wenn es um wichtige Vorhaben zum Wohle der Stadt, hier im Bereich Sport und Veranstaltungen, geht. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir das Stadion an der Hafenstraße durch den längst hinfälligen Eckenausbau zu einer vollwertigen Spiel- und Veranstaltungsarena gestalten müssen. Schon heute wird die Stadionkapazität bei jedem Spiel in der 3. Fußball-Bundesliga nahezu ausgeschöpft. Um eine weitere positive Entwicklung auch als Veranstaltungsort nicht zu erschweren, muss der Ausbau dringend realisiert werden.

Über das Stadion hinaus unterstützen wir unseren Oberbürgermeister gerne dabei, den dringend notwendigen Neubau der Eissporthalle und den Bau einer Mehrzweckhalle nicht aus den Augen zu verlieren.

Die umfangreiche Umgestaltung der Schillerwiese ist bei der prekären Haushaltslage für uns derzeit nicht tragbar. Wir unterstützen die Sanierung der Umkleiden und Sanitäranlagen, lehnen aber eine millionenschwere Umwandlung ab. Diese Mittel wären effektiver in der Planung und dem Bau weiterer dringend benötigter Lehrschwimmbecken, wie z. B. am Thurmfeld, angelegt.

Lassen Sie uns gemeinsam die richtigen Prioritäten setzen und optimistisch in die positive Entwicklung unserer Stadt investieren.

Im Zuge der Haushaltsberatungen möchte ich jetzt noch mit dem baulichen Zustand städtischer Immobilien auf einen besonders dringenden Punkt hinweisen. Der derzeit für die Instandsetzung städtischer Immobilien bereitgestellte Etat deckt leider nur ein Drittel der tatsächlich erforderlichen Summe ab. Diese unzureichende Mittelbereitstellung birgt die Gefahr, dass wir weiterhin auf Kosten der Gebäudesubstanz wirtschaften und bereits bekannte Risiken und deren Folgen in Kauf nehmen.

Um zu verhindern, dass wir zukünftig mit teuren, kreditfinanzierten Sanierungsmaßnahmen oder gar Neubauten konfrontiert werden, fordert die FDP-Fraktion eine Erhöhung des Etats für die Instandsetzung auf jeweils fünf Millionen Euro für die Jahre 2025 und 2026. Nur so können wir sicherstellen, dass die Stadt Essen langfristig ihre Gebäude in gutem Zustand erhält und unnötige Folgekosten

vermieden werden. Die Forderung ist als Schritt in Richtung Nachhaltigkeit zu verstehen, der zukünftige Kreditaufnahmen vermeidet und gleichzeitig das Anlagenvermögen sowie die Eigenkapitalquote stärkt.

## **Kinder und Jugend**

Im Folgenden gehe ich auf einen weiteren bedeutenden Aspekt unseres kommunalen Zusammenlebens ein: die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in Essen. Für uns Freie Demokraten steht fest: Die Förderung und Unterstützung der jungen Generation ist eine nachhaltige Investition in die Zukunft unserer Stadt.

In den letzten Jahren konnten wir im Bereich der frühkindlichen Bildung einige Fortschritte erzielen. So haben wir es geschafft, die Zahl der Kita-Plätze in Essen erneut zu steigern – allein im vergangenen Jahr um 500. Doch dieser Erfolg darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir vor weiteren erheblichen Herausforderungen stehen. Noch immer fehlen in unserer Stadt über 1.000 Kita-Plätze, und der Fachkräftemangel im Sozial- und Erziehungsdienst erschwert es erheblich, diese Lücke zu schließen.

Mit Blick auf den 2026 in Kraft tretenden Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz verschärft dieser Umstand offensichtlich die Lage im Bereich der frühkindlichen Betreuung. Auch laufen wir Gefahr, von einer Krise der Kita-Platzschaffung nahtlos in eine Krise des offenen Ganztags zu stolpern. Essen braucht hier dringend Hilfe von Land und Bund – sowohl finanziell als auch durch unterstützende Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung.

Unsere Verantwortung endet jedoch nicht bei den Jüngsten. Auch die Förderung von Jugendlichen ist ein zentrales Anliegen. Passende Angebote für Jugendliche sind essenziell, um ihre persönliche, soziale und berufliche Entwicklung zu fördern. In einer Zeit, die von Unsicherheiten und psychischen Belastungen geprägt ist, braucht es sichere Räume, innovative Projekte und Bildungsangebote. Die Angebote von Vereinen und freien Trägern zeigen den richtigen Weg. Diese Bemühungen müssen ausgebaut und stärker unterstützt werden.

Dennoch müssen Maßnahmen und Angebote auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Denn durch gestiegene Personalkosten im Kinder- und Jugendbereich

werden die finanziellen Ressourcen knapp. Es ist daher entscheidend, Prioritäten zu setzen und vorhandene Mittel effizient zu verwenden. Wir müssen genau hinschauen, welche Maßnahmen tatsächlich wirken, und sicherstellen, dass die eingesetzten Mittel den größtmöglichen Nutzen für die Zielgruppen bewirken.

Eine der größten Belastungen für den kommunalen Haushalt ist der massive Anstieg der Kosten im Sozialbereich. Die Zahl derjenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, wächst. Dies betrifft nicht nur die frühkindliche Betreuung, sondern auch die Hilfen zur Erziehung, insbesondere stationäre Angebote. Der Bedarf an stationären Hilfen nimmt in Essen deutlich zu, sei es aufgrund familiärer Problemlagen, psychischer Erkrankungen oder anderer sozialer Faktoren. Gleichzeitig steigen die Kosten für diese Maßnahmen.

Es ist alarmierend, dass wir trotz dieser absehbaren Entwicklung vom Land Einschnitte hinnehmen sollen. Ohne eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land wird es uns nicht gelingen, die steigenden Anforderungen zu meistern. Wir brauchen langfristige Lösungen, die über bloße Einmalhilfen hinausgehen. Nur so können wir sicherstellen, dass auch in einer finanziell angespannten Lage die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen nicht aufs Spiel gesetzt wird.

## Schule

Baulich marode Schulen sind in Essen leider keine Ausnahme, sondern traurige Realität. Es sind die Schulen und die Schulhöfe, auf denen die Schülerinnen und Schüler einen erheblichen Teil ihrer Tageszeit verbringen.

Dass ansprechendes Lernumfeld die Motivation steigert und es den Schülerinnen und Schülern das Lernen erleichtert, ist evident und bedarf keiner weiteren Erläuterung. Allerdings ist ein attraktives und funktionales Schulgebäude auch dort wichtig, wo es gilt, Lehrpersonal zu finden. Für künftige Lehrerinnen und Lehrer ist ein marodes Schulgebäude ganz sicher kein Anreiz, sich beruflich in solchen Bauten zu engagieren. Container als Schulerweiterungen sind inzwischen gut ausgestattet und funktionell. Trotzdem handelt es sich halt nur um provisorische Schulgebäude, die für Schülerinnen und Schüler nur ein bedingter Ersatz sind.

Ganz aktuell befürchten wir auch noch überfüllte Klassenräume. Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf werden, wenn es nach den Plänen der Verwaltung und dem Willen anderer Fraktionen in diesem Rat geht, demnächst in signifikant höheren Klassenstärken unterrichtet. Höhere Klassenstärken stellen auf keinen Fall ein adäquates Lernumfeld für Kinder dar, die auf individuelle Förderung angewiesen sind. So funktionieren weder Inklusion noch Integration. Wir treten für die Stärkung unserer Förderschulen ein, damit Kinder mit unterschiedlichen Förderbedarfen die Unterstützung bekommen, die sie benötigen und die ihnen auch zusteht.

Natürlich freuen wir uns darüber, dass neue, attraktive Schulgebäude in unserer Stadt entstehen sollen. Berücksichtigt man allerdings die langen Bauzeiten, wird der überwiegende Teil der jetzigen Schülerinnen und Schüler nicht mehr in den Genuss kommen, an einer dieser neuen Schulen unterrichtet zu werden. Der Neubau der Frida-Levy-Gesamtschule lässt grüßen.

Was bringt uns also ein Schulentwicklungsplan bis 2027, wenn wir neun bis elf Jahre benötigen, um ein Schulgebäude zu planen und fertig zu stellen?

Neue Schulen sind ein Gewinn, ebenso dürfen wir unsere bestehenden Schulen nicht vergessen. Sanierung und Instandhaltung müssen dringend zeitnah umgesetzt werden. Da betrifft nicht nur die Schultoiletten. Es eilt – sehr – unsere Schülerinnen und Schüler sowie unser Lehrpersonal haben ein adäquates Lernumfeld verdient.

## **Kultur**

Wir begrüßen es sehr, dass wir für die Casa einen neuen Standort gefunden haben, der sicherlich auch die nördliche Innenstadt beleben wird. In diesem Zusammenhang sehen wir nach wie vor den Neubau eines Kulissenhauses/einer Werkstatt als dringend erforderlich an. Die Baupläne sind vorhanden und wir weisen – genau wie im letzten Jahr darauf hin – dass die hierfür erforderlichen Ausgaben aus den nicht verausgabten Investitionsmitteln getätigt werden können.

Die FDP-Fraktion bedauert heute die Anmietung der Immobilie und den viele Millionen verschlingenden Ausbau der darin geplanten neuen Zentralbibliothek. Nach unserer heutigen Auffassung wäre der Kauf der Immobilie vorteilhafter

für die Stadt gewesen, denn ein Erwerb wäre mutmaßlich alles in allem nicht viel teurer geworden, hätte aber einen Zuwachs an Anlagevermögen und Eigenkapital zur Folge gehabt.

## **Baldeneysee**

Der Baldeneysee, die Perle im Süden unserer Stadt, hat sich seit seiner Entstehung zu einem beliebten Ausflugsziel und Tourismusmagneten entwickelt – er ist aber auch der Ort für sportliche Aktivitäten.

Jetzt soll das Ausflugsziel „Baldeneysee“ noch attraktiver werden – wirklich? Denn gerade haben CDU, Grüne und die Linken beschlossen, dass das Parken am „attraktiven Ausflugsziel“ nicht mehr kostenlos sein soll. Und das, obwohl die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV weder barrierefrei noch zuverlässig funktioniert. Attraktivität sieht für uns anders aus!

Das Thema Parken betrifft auch die vielen Wassersportler, die in Vereinen trainieren und an Wettkämpfen teilnehmen, für die noch keine tragbare Lösung gefunden worden ist. Nicht nur, aber vor allem in der dunklen Jahreszeit sind sportliche Aktivitäten rund um den See aufgrund der spärlichen Beleuchtung nur sehr eingeschränkt möglich. Beleuchtet werden nicht mal 25 % der Strecke.

Wie soll also der sogenannte große Wurf „Masterplan Erlebnisketten“ umgesetzt werden? Immerhin wird gerade die Regattatribüne neugestaltet und soll bis 2026 fertig werden.

## **Schlusswort**

Zum Ende meiner Rede möchte ich unserem Stadtkämmerer Gerhard Grabenkamp und seinem Team meinen Dank und Anerkennung aussprechen. Trotz schwieriger Zeiten ist es Ihnen gelungen, uns für die kommenden zwei Jahre einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Jedoch sehen wir bei all den von uns aufgezeigten Perspektiven und Notwendigkeiten keine Möglichkeit, sowohl dem Haushaltsentwurf der Verwaltung als auch den weitergehenden Anträgen von Schwarz-Grün zuzustimmen und lehnen sie ab.